

(auf Antrag der CDU-Fraktion)

1. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird nicht gefolgt.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert,
 - a) mit den übrigen Gesellschaftern den Gesellschaftervertrag neu auszuhandeln. Dabei wird auf folgende Punkte besonderer Wert gelegt:
 - aa) Vorrangiges Ziel muss die Wiedereingliederung der sozial benachteiligten Jugendlichen und dauerarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt sein,
 - ab) es muss eine Endschaftsklausel in den Gesellschaftervertrag eingebaut werden,
 - ac) den Gesellschaftern muss ein Kündigungsrecht ihrer Beteiligung eingeräumt werden unter Berücksichtigung von entsprechenden Fristen und ggfs. Vorkaufsrechten der übrigen Gesellschafter,
 - b) dafür Sorge zu tragen, dass der Rat grundsätzlich ein Weisungsrecht gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung ausüben kann (die praktische Ausgestaltung ist entsprechend auszuarbeiten),
 - c) die übrigen Gesellschafter mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass in Zukunft eine Verlustabdeckung, Bürgschaftsübernahme etc. seitens der Stadt Siegen nur noch in Höhe ihres Beteiligungsanteils (25 %) vorgenommen werden kann.